

Georg Meiski

Der strafrechtliche
Versammlungsschutz



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XV
Erstes Kapitel: Die Versammlungsfreiheit in der Verfassung	1
1. Einleitung	1
1.1 Problemstellung der Arbeit	1
1.2 Ziel der Arbeit	3
1.3 Aufbau der Arbeit	4
2. Der Bürger als Grundrechtsverletzer	4
3. Die Definition der Versammlungsfreiheit	6
3.1 Die Versammlungsfreiheit im Theorienstreit	10
3.1.1 Der demokratisch-funktionale Versammlungsbegriff	10
3.1.2 Der bürgerlich-rechtsstaatliche Versammlungsbegriff	11
3.2 Kritik an den vertretenen Theorien	13
3.2.1 Die demokratisch-funktionale Theorie	13
3.2.1.1 Die Privilegierung politischer Versammlungen	13
3.2.1.2 Die Abgrenzung des Politischen vom Nichtpolitischen	15
3.2.1.3 Die Vereinbarkeit der demokratisch-funktio- nalen Theorie mit der historischen Entwicklung	17
3.2.1.4 Die Wirkung einer demokratisch-funktionalen Grundrechtsinterpretation	21
3.2.2 Die bürgerlich-rechtsstaatliche Theorie	22
3.2.2.1 Die rechtsgeschichtliche Entwicklung	22
3.2.2.2 Das Wesen der Versammlung	23
3.2.2.3 Die Gesetzgebungskompetenz	24
3.2.2.4 Klarheit der Konturen	24
3.2.2.5 Kommerzielle und rein unterhaltende Veranstaltungen	25
3.3 Die Versammlungsfreiheit als Individualgrundrecht	26

3.4 Zwischenergebnis	31
4. Der Frieden und die Versammlungsfreiheit	32
4.1 Die Versammlungsfreiheit als Rechtfertigungsgrund	32
4.2 Der Begriff der Friedlichkeit	34
4.2.1 Der Wortsinn	35
4.2.2 Die Verwendung des Begriffes in Art. 8 I GG	37
4.2.2.1 Zwangsmittel als verfassungsrechtlich geschützte kollektive Kommunikationsform	38
4.2.2.2 Friedlichkeit im Sinne von nicht gewalttätig oder aufrührerisch	39
4.2.2.2.1 Die Verwaltungsakzessorietät des Strafrechts	43
4.2.2.2.2 Die Verwaltungsaktakzessorietät des Strafrechts	44
4.2.2.2.3 Der zivile Ungehorsam	47
4.2.2.2.4 Die Tragfähigkeit der übrigen vorgebrachten Argumente	49
4.2.2.2.5 Die Parallele "friedlich und ohne Waffen"	49
4.2.2.2.6 Der Friedlichkeitsbegriff in der historischen Entwicklung	50
4.2.2.2.7 Kritik an dieser Definition	53
4.2.2.3 Friedlichkeit im Sinne von gewaltfrei und die allgemeinen Gesetze achtend	57
5. Die Gefährdungslage der Versammlungsfreiheit	60
Zweites Kapitel: Die Strafpflicht zum Schutze der Versammlungsfreiheit	69
1. Die Pflicht des Staates, die Versammlungsfreiheit zu schützen	69
1.1 Verfassungsrechtliche Schutzpflichten	69
1.1.1 Was bedeutet Schutzpflicht?	70
1.1.2 Entwicklung der Schutzpflichten	71
1.1.3 Schutzpflichten in der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung	73

1.2 Die Ableitung der Schutzpflichten aus der objektivrechtlichen Funktion der Grundrechte	74
1.3 Die Ableitung der Schutzpflicht aus der objektiv- rechtlichen Funktion der Versammlungsfreiheit	76
1.4 Der Anspruch auf Sicherheit als Element des status positivus der Grundrechte	79
1.5 Der Anspruch auf staatlichen Schutz aus der Abwehrfunktion der Grundrechte	81
1.6 Der Anspruch auf staatlichen Schutz aus der Abwehrfunktion des Art. 8 I GG	85
2. Die Strafpflicht	88
2.1 Strafpflichten in der Verfassung	88
2.2 Folgerungen aus der Pflicht zum Strafen aus Art. 26 I S. 2 GG	88
2.3 Die Ableitung der Strafpflicht aus der objektivrechtlichen Funktion der Grundrechte	89
2.4 Die Pflicht zum Einsatz des Strafrechts zur Abwehr von Rechtsgutsverletzungen	92
2.5 Die Pflicht zum Einsatz des Strafrechts zum Schutze der Versammlungsfreiheit	94
2.5.1 Die Strafpflicht und die Subsidiarität des Strafrechts	94
2.5.2 Kann Pönalisierung die Versammlungsfreiheit sichern?	97
2.6 Ergebnis	98
 Drittes Kapitel: Die Versammlungsfreiheit im Strafrecht	 101
1. Strafrecht und Versammlungsfreiheit	101
2. § 21 VersG und die Versammlungsfreiheit	102
2.1 Das Rechtsgut des § 21 VersG	103
2.1.1 Der einheitliche Versammlungsbegriff der herrschenden Meinung	104
2.1.2 Der Versammlungsbegriff des Versammlungsgesetzes	106
2.1.3 Der Versammlungsbegriff des § 21 Versamm- lungsgesetz	109
2.1.4 Das Tatbestandsmerkmal "Nichtverboten"	111
2.1.4.2 Verwaltungsrechtliche Versammlungsverbote	112

2.1.4.3	Gesetzwidrige Versammlungsverbote	114
2.2	Die Modalität der Tatausführung	116
2.2.1	Definition der Gewalttätigkeit i.S.d. § 21 VersG	117
2.2.2	Gewalttätigkeit als erschwerte Form der Gewalt?	117
2.2.3	Definition der groben Störung	121
2.2.4	Grenzfälle zur Gewalttätigkeit	122
2.3	Fälle von Verursachung grober Störung in der Rechtsprechung	125
2.3.1	Seminar und Vorlesungsstörungen	125
2.3.1.1	Vorlesungsstörung als Versammlungsstörung	127
2.3.1.2	Vorlesungen und Versammlungsfreiheit	128
2.3.1.3	Angriffsobjekt der Störungen	128
2.3.1.4	Die angewandten Mittel	129
2.3.2	Die "Sünderin"	130
3.	Landfriedensbruch und Versammlungsfreiheit	133
3.1	Das Rechtsgut des Landfriedensbruches	133
3.1.1	Das Rechtsgut des Landfriedensbruches in der historischen Entwicklung	138
3.1.2	Der Landfriedensbruch (crimen vis) im römischen Recht	138
3.1.3	Der Landfriedensbruch in der Partikular- gesetzgebung des 19. Jahrhunderts	140
3.1.4	Die Reform des § 125 StGB durch das dritte Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 20.05.1970	143
3.1.5	Die nachfolgenden Reformbestrebungen	145
3.1.6	Objektiver Gesetzessinn	149
3.1.7	Systematische Auslegung	153
3.1.8	Die Subsidiaritätsklausel und die Versammlungsfreiheit	154
3.1.9	Verfassungsfreundliche Auslegung	158
3.1.10	Ergebnis	159
3.2	Konsequenzen dieser Auslegung	159
3.2.1	Die Verschärfung des § 125 StGB	159

3.2.2 § 125 als Schutzgesetz i.S.d. § 823 II BGB	162
4. Das Vermummungs- und Schutzwaffenverbot	164
4.1 Kritik an der Strafbewehrung des Vermummungs- und Schutzwaffenverbots	165
4.2 Das Rechtsgut des § 27 II VersG	171
4.3 Wirkung der Vermummung und Schutzbewaffnung auf die Versammlungsfreiheit	173
4.4 Die Notwendigkeit der Strafbewehrung	176
4.5 Der Vorwurf der Vorverlagerung des Strafrechts und des Verdachtsstrafrechts	181
4.6 Das Vermummungsverbot/Passivwaffenverbot als Eingriff in die Versammlungsfreiheit	182
4.7 Das Bestimmtheitsgebot	184
4.8 Das Legalitätsprinzip	185
4.9 Ergebnis	188
5. Gesamtergebnis	189